



Wehret den Anfängen

Das erste Editorial im Jahr 2015 könnte vom Ausblick auf das medienpolitische Geschehen, von Erwartungen und Projekten handeln. Doch angesichts der brutalen Angriffe auf die Redaktion von Charlie Hebdo und die nachfolgenden Geiselnahmen, angesichts des Brandanschlags auf die Hamburger Morgenpost und der Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten bei den Pegida-Demonstrationen treten alle möglichen Themen hinter dieses eine zurück: Die Presse- und Meinungsfreiheit. Sie zu bewahren und zu verteidigen, sie mit Leben zu erfüllen und nicht vor Fanatikern und „Wutbürgern“ zurückzuweichen – dafür steht auch der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen Mitgliedsgewerkschaften.

Demokratische Gesellschaften leben davon, dass es ohne Gefahr möglich ist seine Meinung zu äußern. Das unterscheidet sie von Diktaturen. Wer heute das Wort „Lügenpresse“ benutzt, der beschimpft die Medien genau mit den Worten, mit denen schon die Nazis vor 1933 gegen Meinungs- und Pressefreiheit agitiert haben. Die geistigen Brandstifter verbünden sich mit denen, die Journalisten prügeln und Redaktionen anzünden. Es ist wichtig und gut, dass so viele Menschen dem entgegentreten. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter überall in der Republik sind dabei, denn Gewerkschaften wissen aus leidvoller Erfahrung während des Nationalsozialismus wie es ist, wenn Meinungen unterdrückt werden. Und sie wissen, wohin es führt, wenn Menschen wegen ihrer Meinung, ihrer Religion, ihrer Herkunft oder ihres Aussehens ausgegrenzt und verachtet werden. Die Geschichte lehrt uns die Maxime für Gegenwart und Zukunft: Wehret den Anfängen!

Sabine Nehls

Themen:

Aufruf für Pressefreiheit	2
DW: Beschäftigtenprotest	3
DW und dpa kooperieren	4
WDR: Neue News im Netz	5
NSU-Prozess als Doku-Hörspiel	5
ZDF: Mediathek steigert Zugriffe	6
Warnstreik bei der MoPo	7
Angriffe bei Pegida-Demos	8
dju-Kritik an Hamburger Polizei	9
dju: Journalistik an Uni Bremen erhalten	10
Weiter sinkende Auflagen	10
obs-Studie zur NSU-Medienberichterstattung	11
Personalien	13
Veranstaltungen	14
Impressum	14



Presse- und Rundfunkfreiheit erkämpfen und verteidigen

Das Attentat auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo hat die Pressefreiheit und ihre Bedrohungen auf erschreckende Weise in das breite Bewusstsein der Gesellschaft gerufen. Die deutschen Journalisten- und Medienorganisationen haben Mitte Januar gemeinsam aufgerufen, die Presse- und Rundfunkfreiheit in Deutschland und weltweit stets aufs Neue zu verteidigen. Wir dokumentieren im Folgenden den Aufruf von ARD, dju in verdi, DJV, Freelens, Freischreiber, netzwerk recherche, n-ost, Reporter ohne Grenzen, VDZ, Cartoonlobby, VPRT, VDZ und ZDF:

„Der Anschlag auf die Zeitschrift Charlie Hebdo hat auf grausame Weise in Erinnerung gerufen, dass die Presse- und Rundfunkfreiheit auch in Mitteleuropa kein Thema für wohlfeile Sonntagsreden ist. Sie ist ein Menschenrecht, das jederzeit gefährdet ist und selbst in gefestigten Demokratien ständig neu erkämpft und verteidigt werden muss. Nur wenn Journalisten und Redaktionen frei von Angst und äußeren Zwängen recherchieren, berichten und kommentieren können, ist der ungehinderte Wettstreit der Meinungen möglich, ohne den eine offene, demokratische Gesellschaft nicht denkbar ist.

Jede Art von Gewalt, Drohungen, pauschalen oder gezielten Diffamierungen gegen Medien und deren Vertreter ist damit unvereinbar. Auch Journalisten und Medien müssen sich der Kritik stellen – das ist wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Diskurses in einer Demokratie. Aber Kritik darf nicht in Drohungen oder Gewalt umschlagen.

Journalisten, Verleger und Medienunternehmen sind sich darin einig, dass es auch künftig keine Tabuthemen für die Medien geben darf. Journalisten und Redaktionen müssen frei entscheiden können, inwieweit sie auf religiöse, persönliche oder politische Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen. Kritik und Polemik, Satire und Tabubruch sind von der Presse- und Rundfunkfreiheit umfasst. Ihre Grenzen finden sie durch die allgemeinen Gesetze und die journalistische Ethik. Ereignisse wie der Anschlag auf Charlie Hebdo dürfen nicht dazu beitragen, dass das Grundrecht auf Presse- und Rundfunkfreiheit eingeschränkt wird.

Die Unterzeichner fordern Verantwortliche in Bund und Ländern, Parteien und Interessengruppen dazu auf, stärker für die Presse- und Rundfunkfreiheit und ihre gesellschaftliche Akzeptanz einzutreten. In vielen Ländern der Welt sind Journalisten und Medien täglich Anfeindungen, Repressionen und Gewalt ausgesetzt. Auch in Deutschland wurden Journalisten angegriffen, Verlagsräume

Die unterzeichnenden Organisationen:
 Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD)
 Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in verdi
 Deutscher Journalisten-Verband (DJV)
 Freelens
 Freischreiber – Berufsverband freier Journalistinnen und Journalisten
 netzwerk recherche
 n-ost – Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung
 Reporter ohne Grenzen
 Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ)
 Verband Cartoonlobby
 Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT)
 Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ)
 Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)

verwüstet und Redaktionen mit Parolen beschmiert. Der Anschlag auf Charlie Hebdo hat uns gezeigt, wie fragil die Presse- und Rundfunkfreiheit ist. Darum wollen wir alles daran setzen, dieser demokratischen Errungenschaft auch im öffentlichen Bewusstsein wieder zu dem ihr zustehenden Rang zu verhelfen und uns nicht mit einem schleichenden Glaubwürdigkeitsverlust der Medien abzufinden.

Der Anschlag von Paris darf nicht als Vorwand dienen, mit Maßnahmen wie der Vorratsdatenspeicherung den Informantenschutz und damit eine Säule der Presse- und Rundfunkfreiheit auszuhöhlen. Ebenso sollte die Bundesregierung im Umgang mit anderen Staaten vehement und ohne doppelte Standards für die Verwirklichung der Presse- und Rundfunkfreiheit eintreten.

Die unterzeichnenden Organisationen werden in den kommenden Monaten die Presse- und Rundfunkfreiheit und ihre Gefährdungen gemeinsam verstärkt zum Thema machen, um ihre Bedeutung in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken.“

DW: Beschäftigten-Demo für Programmvielfalt

Rund 600 Beschäftigte der Deutsche Welle (DW) haben Mitte Dezember in Berlin für den Erhalt der Sprach- und Programmvielfalt des Auslandssenders demonstriert. „Die Gewerkschaften und Beschäftigten werden es nicht zulassen, dass die Welle in ihrer Vielfalt und Reichweite zum Opfer einer fixen Idee von einem rein englischsprachigen Elitesender wird“, sagte Wolfgang Uellenberg-van Dawen (ver.di), Vertreter der Gewerkschaften im DW-Rundfunkrat. Er warnte vor einer Verengung des Programmangebots, die nicht mehr der Aufgabenplanung durch den Bund entspräche. Gerade die muttersprachlichen Angebote dienten wesentlich der Information der Bevölkerung in Ländern, in denen die Pressefreiheit von der Regierung eingeschränkt werde: „Es gehört auch zur deutschen Verantwortung, in den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu treten. Das ist die Aufgabe, die der Bund für die Deutsche Welle klar beschreibt“, so Uellenberg-van Dawen. Für die Erfüllung dieser Aufgabe müssten genügend Mittel bereit gestellt werden.

Bei der DW soll im Rahmen eines weitreichenden Umbaus der Programmschienen ein englischsprachiger Kanal aufgebaut werden. Da die steuerfinanzierte DW seit Jahren unter chronischer Unterfinanzierung leidet, könnten im Gegenzug Programme in Deutsch, Spanisch, Arabisch und zehn weiteren Sprachen an den DW-Standorten in Berlin und Bonn eingestellt werden. Auch betriebsbedingte Kündigungen seien nicht auszuschließen, so Intendant Peter Limbourg. Die Beschäftigten haben dagegen unter dem Motto "Wir lassen uns nicht abschalten" protestiert. Personalräte und ver.di-Betriebsverbände,

unter anderem vom Rundfunk Berlin-Brandenburg, dem Deutschlandradio und dem saarländischen Rundfunk, solidarisierten sich mit dem Protest der DW-Beschäftigten.

DW: Neuer multimedialer Fremdsprachendienst

Deutsche Welle (DW) und die Nachrichtenagentur dpa werden einen multimedialen Fremdsprachendienst einrichten. Unterstützt wird das Projekt durch Mittel des Auswärtigen Amtes. Dies teilte die Deutsche Welle Anfang Januar mit. Der neue multimediale Fremdsprachendienst soll tagesaktuelle Nachrichten und Hintergründe aus deutscher Perspektive an Medienpartner und Endverbraucher in aller Welt verbreiten. Im Mittelpunkt stehen dabei Nachrichten aus Deutschland und Themen, die die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit prägen. Das Angebot soll in Deutsch, Englisch, Spanisch und Arabisch produziert und mit jeweils regional relevanten Themen bestückt werden. Der neue Dienst richtet sich an klassische Medienunternehmen ebenso wie an die Nutzer von multimedialen Online-Portalen. Er verbindet digitale, dialogische und herkömmliche Formate und ist auf den konkreten Bedarf der jeweiligen Partner zugeschnitten.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier unterstrich die Bedeutung dieser neuen Zusammenarbeit: „Onlinemedien und Soziale Netze spielen eine immer größere Rolle: ‚Breaking News‘ verbreiten sich heute oft schneller auf Twitter, als die klassischen Nachrichtenagenturen Eil-Meldungen produzieren können. Damit eine Nachricht ihren Empfänger erreicht, muss sie nicht nur über ein Medium gesendet werden, das die Zielgruppe erreicht – sie muss auch in einer Sprache verfasst sein, die verstanden wird und aktuelle Informationen enthalten, die interessieren“. Der neue Dienst biete die Chance, zeitgemäß und auf hohem Niveau Nachrichten aus und über Deutschland weltweit zu verbreiten und damit das Deutschlandbild im Ausland positiv zu prägen.



WDR: Neue Newsformate im Netz

Seit Mitte Januar hat der WDR mit zwei neuen Video-Newsformaten . Sie werden unter dem Titel „WDR #3sechzich“ in sozialen Netzwerken verbreitet: News-Clips über die Video- und Fotosharing-App Instagram und von jungen Gesichtern präsentierte Kurzvideos auf YouTube. Stefan Brandenburg, Leiter der Programmgruppe Aktuelles für die WDR-Landesprogramme: „Tagesaktuelle Informationen für NRW sind eine Kernkompetenz des WDR. Damit wollen wir jetzt eine Altersgruppe erreichen, die uns bisher eher fern bleibt.“ Trotz der großen Aufgabe sei es wichtig für das Gelingen des Projekts, zu experimentieren und sich auch Fehler zu leisten. Entstanden sei zum einen ein Kurzvideoformat für YouTube, in dem sich junge „Presenter“ zwei bis vier Minuten mit einem Thema auseinandersetzen. An den Start gehen netzaffine Leute, die nah an der Zielgruppe sind: Tim Schrankel, bis vor kurzem Redaktionsstudent in der Programmgruppe Aktuelles, Melek „M3lly“ Balgün, die im Netz als Moderatorin für die „Electronic Sports League“ bekannt ist, und 1LIVE-Moderatorin Freddie Schürheck. Sie sollen die Themen nicht allein über sachliche Information präsentieren, sondern über Haltung, Austausch und Diskussion, so Brandenburg. Entsprechend sei der Dialog über soziale Netzwerke wichtiger Bestandteil von „WDR #3sechzich“. Die Presenter arbeiten mit einem Team aus jungen Autoren zusammen, das auch das zweite #3sechzich-Format betreut, die InstaNews. Darin werden in 15 Sekunden kleine tagesaktuelle News-Geschichten erzählt. Das Besondere: Die Videos funktionieren ohne Ton, nur mit eingeblendetem Text. Geplant ist die Veröffentlichung von etwa drei InstaNews und einem Video pro Wochentag.

Dokumentarhörspiel zum NSU-Prozess

Der Bayerische Rundfunk produziert gemeinsam mit 9 Koproduzenten unter dem Titel "Saal 101" ein 12-stündiges Dokumentarhörspiel zum NSU-Prozess. Die Produktion wird von zehn öffentlich-rechtlichen Kulturwellen nach der Urteilsverkündung gesendet. Der Prozess wird seit dem 6. Mai 2013 in München im Saal A 101 des Oberlandesgerichtes geführt. Dem Terror-Trio, das sich "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) nannte, werden zehn Morde, zwei Bombenanschläge und 15 Raubüberfälle angelastet. Hauptangeklagte ist Beate Zschäpe, das einzige lebende mutmaßliche Mitglied der rechten Terrorzelle. Ihre

mutmaßlichen Komplizen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nahmen sich im November 2011 das Leben.

Saal 101 beruht auf Mitschriften und Notizen von über zwanzig Journalistinnen und Journalisten, die für die Sender BR, SWR, WDR, NDR, MDR, HR, DLF und Deutsche Welle berichten. Die vom BR archivierten Notizen umfassen bislang schon weit über 1.000 Druckseiten. Aus diesen Mitschriften entsteht eine vielstimmige Montage, die von einem Ensemble von Schauspielern gesprochen wird. Die Notizen geben unmittelbare Wahrnehmungen wieder: mitgeschriebene Dialoge der Vernehmungen, Randbeobachtungen zu Angeklagten, auftretenden Zeugen, Richtern und Anwälten, Stimmungen im Publikum und im Saal an den verschiedenen Verhandlungstagen. Saal 101 entwirft ein facettenreiches und differenziertes Bild des so bezeichneten „Jahrhundertprozesses“ jenseits der Schlagzeilen, das beklemmende Einblicke in deutsche Abgründe der Nachwendezeit gibt. Es geht auch um das Versagen der Ermittler, um mögliche Helfershelfer der braunen Szene, um die Frage, wie möglich war, was lange für unmöglich gehalten wurde: mörderischer Rechtsterrorismus, mitten in Deutschland, über Jahre unerkannt. Saal 101 wird von zehn öffentlich-rechtlichen Kulturwellen nach der Urteilsverkündung gesendet. Bislang gab es nur eine einzige Hörspiel-Koproduktion, an der sich alle deutschen öffentlich-rechtlichen Sender beteiligt haben: „Die Ermittlung“ von Peter Weiss im Jahr 1965 über den ersten Frankfurter Auschwitzprozess.



ZDF Mediathek steigert Zugriffe

49,43 Millionen Sichtungen erzielte ZDFonline 2014 im Monatsdurchschnitt, teilte der Sender zum Jahresende mit. Damit sind die Zugriffszahlen im Vergleich zum Vorjahr um 33 Prozent gestiegen. 40,58 Millionen entfielen auf Abrufvideos; dies ist ein Zuwachs von 23 Prozent. Um 113 Prozent auf jetzt 8,85 Millionen Zugriffe im Monatsmittel stieg die Nutzung der Livestreams. Die „heute-show“ ist das erfolgreichste regelmäßige Format in der ZDFmediathek. Mit bis zu knapp 624 Tausend Sichtungen liegt sie nach absoluten Zahlen bei den Top 10 aber nur auf dem zweiten Platz. Ganz oben steht mit 784 Tausend Abrufen das ZDF-WM-live-Video „Brasilien – Deutschland: die Tore“.

Die erfolgreichste Doku stammt vom Digitalkanal ZDFinfo: „Von FDJ zu FKK. Wie die DDR wirklich war“ wurde 257 Tausend Mal gesehen. „ZDF-History: Geheimakte Honecker“, die „Frontal 21“-Doku „Die große Samwer-Show“ und „Terra X“ sind ebenfalls beliebt. „Geheimbünde: Der Code der Illuminaten“ wurde 250 Tausend Mal abgerufen. 12 Prozent Zuwachs erzielten die Videos auf heute.de – auf 8,39 Millionen Abrufe im Monatsmittel. Sport, insbesondere Fußball und die Olympischen Winterspiele, trugen zum Erfolg bei. An den Übertragungstagen der Champions League erzielten die ZDF-Livestreams eine Nutzung, die um 90 Prozent über dem Jahresdurchschnitt lag. Die Nutzung der ZDF-Livestreams lag während der Fußball-Weltmeisterschaft um 277 Prozent über dem Jahresdurchschnitt. Die ZDFmediathek-App wurde zur Fußball-WM 2014 um einen WM-Schwerpunkt mit Livestreams, Highlights zu den Spielen aus verschiedenen Kameraperspektiven und Spielstatistiken erweitert. Diese neue Version der ZDFmediathek wurde vom 5. Juni bis 13. Juli 2014 insgesamt 1,46 Millionen Mal heruntergeladen.

www.zdf.de konnte sich um 40 Prozent auf aktuell 30,85 Millionen Visits pro Monat steigern. www.heute.de legt um 16 Prozent zu und erreicht 12,08 Millionen Visits (ab Juni 2014 gilt ein neues Messverfahren für die Visits: verglichen werden deshalb die durchschnittlichen Monatsvisits von Juni 2014 bis November 2014 mit denen von Januar bis September).



Warnstreik bei Hamburger Morgenpost

Ende Januar traten die Beschäftigten der Hamburger Morgenpost in einen Warnstreik, zu dem ver.di und der DJV Hamburg (Deutscher Journalistenverband) aufgerufen hatten. „Damit setzt die Belegschaft ein Signal gegen den Konfrontationskurs der Geschäftsführung und gegen deren Spaltungsversuche“, sagte ver.di-Fachbereichsleiter Martin Dieckmann. Bei der Hamburger Morgenpost verhandeln die Gewerkschaften angesichts konkreter Kündigungspläne über einen Sozialtarifvertrag. Die Forderung nach einem Altersteilzeittarifvertrag hatte die Geschäftsführung als nicht verhandlungsfähig zurückgewiesen. Bei der Hamburger Morgenpost soll eine ganze Abteilung stillgelegt werden, in der auch mehrere Betriebsratsmitglieder beschäftigt sind.

Die Hamburger Morgenpost gehört zur Mediengruppe DuMont Schauberg (u.a. Berliner Zeitung, Kölner Stadtanzeiger, Berliner Kurier, Express, Mitteldeutsche Zeitung). Die Entlassungspläne in Hamburg sind Teil eines konzernweiten Sanierungsprogramms.

Noch Ende vergangenen Jahres hatte die Geschäftsführung erklärt, kein Betriebsratsmitglied würde gekündigt. Allerdings hatte die Geschäftsführerin zuletzt per Mail an alle Beschäftigten mitgeteilt, wenn die Betriebsratsmitglieder freiwillig ausscheiden würde, könnte auch auf drei Entlassungen verzichtet werden. „Das kann nur als klarer Rechtsbruch, als Behinderung von Betriebsratsarbeit, und als Spaltungsversuch gewertet werden“, sagte ver.di-Fachbereichsleiter Martin Dieckmann. Mit dem Warnstreik zeige die Belegschaft auch, dass sie sich nicht spalten ließe. „Die Morgenpost hat nur eine Zukunft mit den Menschen, die sie machen“, betonten die Gewerkschaftsvertreter und forderten: „Die Geschäftsführung muss sich bewegen!“ „Wir fordern die Morgenpost auf, Arbeitsplätze zu erhalten und in Verhandlungen über einen Altersteilzeitarifvertrag einzutreten, erklärte die Landesvorsitzende des DJV-Hamburg, Marina Friedt.

dju: Angriffe auf Journalisten verletzen Grundrecht

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wendet sich gegen die Drohungen und Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten bei der Legida-Demonstration in Leipzig am vergangenen Mittwochabend. Medienberichten zufolge waren aus dem Demonstrationzug der Legida-Anhänger mehrere Reporter tätlich angegriffen worden. „Hervorgerufen durch die Pegida-Demonstrationen in ganz Deutschland gibt es heftige Konflikte in der öffentlichen Diskussion. Es gibt aber auch einen breiten Konsens darüber, die Meinungsfreiheit als Grundrecht für alle Bürgerinnen und Bürger zu wahren und zu schützen“, so Gundula Lasch für den regionalen dju-Vorstand. „Dies gilt ebenso für die Pressefreiheit: Wer Journalistinnen und Journalisten bedroht oder tätlich angreift, verletzt die Pressefreiheit, die ebenso zu den Grundrechten gehört.“

Im Verlauf der Demonstrationen am Abend des 21. Januar 2015 in Leipzig waren Journalistinnen und Journalisten durch Vermummte aus dem Zug der Legida-Demonstranten bedroht und mit „Lügenpresse“ titulierte sowie tätlich angegriffen worden. Gezielte Gewalt traf u.a. einen Reporter von mephisto 97.6, dem Lokal- und Ausbildungsradio der Universität Leipzig. Legida-Ordner sollen Fotografen bedrängt und ihre Kameras weggedrückt haben. „Eine ungehinderte Berichterstattung und journalistische Einordnung von Politik und Ereignissen ist für eine effektive Kontrolle des Staates unverzichtbar. Weder Gewalt, noch

Einschüchterung oder Verleumdung dürfen diese Freiheit behindern“, heißt es in der Mitteilung der dju.

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di NRW verurteilt die Übergriffe auf ein Team des WDR-Fernsehens durch Teilnehmer der so genannten Pegida-Demonstration in Duisburg. „Es ist nicht akzeptabel, dass Kolleginnen und Kollegen bei ihrer Arbeit bedroht oder sogar angegriffen werden“, erklärte Peter Freitag, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der dju NRW. „Solche Übergriffe, die wir neben Diffamierungen inzwischen regelmäßig bei so genannten Pegida-Demonstrationen registrieren müssen, sind ein unverhohlener Angriff auf die Pressefreiheit.“

Das Fernsehteam wollte für die Aktuelle Stunde von der umstrittenen Demonstration berichten. Dabei war es von verummten Teilnehmern der Demonstration umzingelt und massiv bedrängt worden, offenbar um eine Berichterstattung zu verhindern. Erst nachdem sich Polizisten zwischen das Fernseh-Team und die verummten Angreifer gestellt hatten, konnten die WDR-Mitarbeiter ihre Arbeit fortsetzen. „Eine ungehinderte Berichterstattung und journalistische Einordnung von Politik und Ereignissen ist für unsere demokratische Gesellschaft unverzichtbar“, betont Freitag. „Weder Gewalt, noch Einschüchterung oder Verleumdung dürfen diese Freiheit behindern oder einschränken.“

dju kritisiert Vorgehen der Hamburger Polizei

Die Deutsche Journalisten-Union (dju) in ver.di protestiert gegen das Vorgehen der Hamburger Bereitschaftspolizei gegen Fotografen am Rande der Demonstration der „Besorgten Eltern“ und der Gegendemonstration am 24. Januar. Mindestens zwei Fotografen seien von jeweils mehreren Polizisten ohne Vorwarnung angegriffen und verletzt worden, obwohl zumindest einer von ihnen sichtbar einen Presseausweis trug. „Keiner der Angegriffenen bekam aber überhaupt eine Gelegenheit, sich auszuweisen. Stattdessen wurden die Kollegen sofort umgerissen und wenig später von anderen Polizisten erneut angegriffen und mit Tritten traktiert“, kritisierte der Vorsitzende des dju-Landesverbandes Hamburg/Norddeutschland, Lars Hansen. Dieses Vorgehen der Einsatzbeamten sei nicht zu rechtfertigen. Mehrere Fotografen hätten dju-Vertretern berichtet, dass in dieser Situation die Einsatzkräfte einen Vorstoß in Richtung der Gegendemonstranten unternahmen, um die Veranstaltungen voneinander zu

trennen. Dabei nahmen sie keine Rücksicht darauf, wer ihnen im Weg stand. Trotz dieser offensichtlichen Eile hätten sich fünf Beamten die Zeit genommen, auf einen Reporter einzutreten. Die Pressestelle der Polizei sagte der dju in ver.di eine eingehende Auswertung des Einsatzes zu. „Das ist das Mindeste, was wir erwarten“, erklärte Hansen.

dju: Journalistik-Studiengang in Bremen erhalten

Die Deutsche Journalistinnen und Journalisten-Union (dju) in Niedersachsen-Bremen, fordert die Verantwortlichen in der Politik, der senatorischen Behörde und der Hochschulleitung in Bremen auf, ernsthaft nach einer Lösung zum Erhalt Studiengangs Internationale Journalistik zu suchen. Es dürften jetzt keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, die ein bundesweit einmaliges Studienangebot und ein Aushängeschild der Stadt Bremen zunichte machten. Jetzt müssten alle an einen Tisch. Dafür müsse die Entscheidung des Akademischen Senats ausgesetzt werden, damit man Zeit für Gespräche habe. Sollte das nicht passieren, werde die dju das Thema in den beginnenden Wahlkampf tragen. Es liege auf der Hand, den weit über die Grenze Bremens hinaus bekannten Studiengang Journalistik zu erhalten. Profis aus allen Bereich der Branche hätten an der Hochschule studiert, Wissenschaftler loben die Qualität des Angebots. Politik müsse die finanziellen Möglichkeiten, die Hochschule die nötige Flexibilität zur Verfügung stellen, um noch Lösungen zu finden.

Presse verliert weiter an Auflage

Das letzte Quartal 2014 bescherte den deutschen Zeitungen und Zeitschriften sowohl im Quartals- als auch im Jahresvergleich erneut Rückgänge der verkauften Auflagen. Das meldet die Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW). Die Tageszeitungen verloren im Vergleich zum Vorquartal rund 1,5 Prozent, im Jahresvergleich rund fünf Prozent der insgesamt verkauften Auflage. Die Publikumszeitschriften verzeichneten ein Minus der verkauften Auflagen von 1,8 Prozent im Quartal, im Jahresverlauf von 3,7 Prozent. Die Auflagen der Fachpresse gingen bei der Gesamtverbreitung um

Mehr Infos unter:
www.ivw.eu

knapp vier Prozent im Quartals- sowie im Jahresvergleich und bei den Verkäufen um rund fünf Prozent zurück; einzig die Kundenzeitschriften konnten einen leichten Zuwachs verzeichnen.

Die Tageszeitungen einschließlich der Sonntagsausgaben und aktuellen Sonntagszeitungen verlieren gegenüber dem Vorjahr 4,97 Prozent. Von dieser Entwicklung sind insbesondere die Einzelverkäufe betroffen, während die Abonnements im zurückliegenden Quartal wieder leicht angestiegen sind, nicht zuletzt auch aufgrund des erneut gestiegenen Anteils der digitalen ePaper. Diese liegen derzeit bei rund 0,63 Mio. Exemplaren und steigen kontinuierlich weiter an (3/2014: 0,59 Mio., 4/2013: 0,49 Mio.). Die wöchentlich erscheinenden Zeitungen konnten für 4/2014 im direkten Vergleich mit dem Vorjahr und vorherigen Quartal ihre Gesamtverkäufe bei rund 1,76 Mio. Exemplaren auf unverändertem Niveau halten (4/2013: 1,75 Mio. Stück).

Mit einem Verlust von rund 1,84 Prozent ihrer verkauften Gesamtauflagen auf rund 100,71 Mio. Exemplare schlossen die Publikumszeitschriften das vierte Quartal 2014 ab. Daran konnte auch ein minimaler Anstieg der Abonnements um 0,41 Prozent auf 47,81 Mio. und der Anstieg der digitalen Verkäufe um 4,62 Prozent auf 0,57 Mio. nichts ändern. Der Jahresvergleich ergibt ein Minus von 3,66 Prozent der Gesamtverkäufe.



OBS-Studie: NSU-Morde - Medien haben versagt

Im Herbst 2011 wurde bekannt, dass die Mordserie an Menschen mit Migrationshintergrund und weitere Gewaltverbrechen vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) verübt worden waren. Staatliche Behörden hatten ein Jahrzehnt lang in die falsche Richtung ermittelt. Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene lassen keinen Zweifel: Der „NSU-Komplex“ steht für ein eklatantes Staatsversagen. In einer aktuellen Studie der Otto Brenner Stiftung wird jetzt der Frage nachgegangen, ob auch Medien bei der Aufdeckung der Hintergründe der NSU-Mordserie versagt haben. Der bittere Befund des Autorenteam Fabian Virchow, Tanja Thomas und Elke Grittmann lautet: Bis auf wenige Ausnahmen folgten sehr große Teile der

medialen Berichterstattung der Logik und den Deutungsmustern der Ermittlungsbehörden. Medien haben mit zur Ausgrenzung der Opfer beigetragen, Angehörige stigmatisiert und sich teilweise selbst mit „umfangreichen Spekulationen“ an der Tätersuche beteiligt. Die Studie kommt laut OBS-Geschäftsführer Jupp Legrand zu dem Ergebnis, „dass nicht nur die staatlichen Behörden zehn Jahre lang in die falsche Richtung ermittelt haben, sondern auch Medien ein Jahrzehnt lang diese Deutungsmuster und Mutmaßungen nicht konsequent hinterfragt und unkritisch übernommen haben“.

Die Studie zeigt, dass polizeiliche Quellen Autorität genossen und als glaubwürdig popularisiert wurden. Die enge Anbindung der Berichterstattung an die polizeilichen Erkenntnisse bzw. Vermutungen „habe zu einer einseitigen Gewichtung und Wahrnehmung der Quellen“ geführt. Polizeiliche Quellen in Wort und Bild dominierten, Hinweise zu den Tathintergründen aus dem Umfeld der Betroffenen wurden nicht berücksichtigt. Mit dem von Journalisten geprägten Begriff „Döner-Morde“, der über Jahre die mediale Berichterstattung zuspitzte, wurden die Angehörigen der Opfer nicht als Betroffene kommuniziert, sondern als Teil der „Anderen“ stigmatisiert, ausgegrenzt und teilweise kriminalisiert. Aus vermuteten Verbindungen zur „Organisierten Kriminalität“ wurden vielfach Tatsachenbehauptungen gemacht und die Berichterstattung wurde aufgeladen mit Spekulationen über „angebliche Milieus“ und „Parallelwelten“. Es wurde, so ein weiterer Befund, eine „Mauer des Schweigens“ identifiziert, die nicht nur die polizeiliche Arbeit erschwere, „sondern auch Ausdruck unzureichender Integration in die Mehrheitsgesellschaft sei“.

Das Autorenteam fragt auch nach den redaktionellen Bedingungen der Berichterstattung und unterbreitet Vorschläge, die Eingang finden sollten in die journalistische Aus- und Weiterbildung. Ziel der Studie sei es, „eine fundierte und differenzierte Diskussion über die Rolle der journalistischen Berichterstattung zu ermöglichen“, heißt es im Vorwort. Außerdem will die OBS mit der Veröffentlichung Journalisten dazu anregen, sich ergebnisoffen einer selbstkritischen Reflexion zu stellen und konkrete Veränderungen in der praktischen Arbeit umzusetzen.

Grundlage der Studie ist die Analyse der Berichterstattung zwischen September 2000 und November 2011. Rund 300 Beiträge und 290 Bilder in der deutsch- und türkischsprachigen Presse in Deutschland wurden ausgewertet. Ergänzend wurden medienkritische Analysen herangezogen und Experteninterviews mit Journalisten geführt.

Fabian Virchow, Tanja Thomas, Elke Grittmann: „Das Unwort erklärt die Untat“. Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik; Studie der Otto Brenner Stiftung, AH 79, Frankfurt/Main 2015

Weitere Infos, Bestellung oder Download und Kontakt zu den Autoren:

www.otto-brenner-stiftung.de

Neue Generalsekretärin für die ARD

Dr. Susanne Pfab ist seit Jahresbeginn neue Generalsekretärin der ARD. Sie übernimmt damit die Interessenvertretung der ARD in Berlin und ist Ansprechpartnerin für Politik, Verbände und gesellschaftliche Institutionen in rundfunk- und medienpolitischen Fragen. Die Generalsekretärin hat innerhalb der ARD im Bereich der Medienpolitik eine Koordinierungs- und Beratungsfunktion. Das Generalsekretariat unterstützt den ARD-Vorsitz ferner bei der Geschäftsführung des Senderverbundes, bei der strategischen Positionierung der ARD sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Susanne Pfab, 48, ist promovierte Juristin. Die föderale Struktur des Senderverbunds sowie die Themenfelder der ARD und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind ihr bereits vertraut: So war sie von 2006 bis September 2014 Geschäftsführerin der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) der ARD. Zuvor leitete sie vier Jahre das Gremienbüro des Bayerischen Rundfunks. Mit medien-, verfassungs- und europarechtlichen Themen hatte sich Pfab zudem seit 1995 als wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politik und öffentliches Recht an der Ludwig-Maximilians-Universität in München befasst.

Die Intendantinnen und Intendanten der ARD haben Dr. Susanne Pfab für fünf Jahre bis 2020 gewählt. Das Generalsekretariat wurde 2006 als Gemeinschaftseinrichtung der ARD gegründet und hat seinen Sitz beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Der bisherige Beauftragte des ARD-Vorsitzenden in Berlin, Dr. Michael Kühn, ist seit Jahresbeginn Justiziar beim NDR in Hamburg.

Veranstaltungen

„Roboterjournalismus“ - 3. LMK-MedienBüffet

9. März 2015
ab 12.30 Uhr

Landeszentrale für Medien und Kommunikation
Großer Sitzungssaal
Turmstr. 10
67059 Ludwigshafen

Algorithmus schlägt Redaktion“ oder „Ein neuer, mit Algorithmen arbeitender Journalismus“ oder „Software gewinnt Pulitzerpreis 2016“. Solche Schlagzeilen zur Zukunft des Journalismus beschreiben das Thema der Veranstaltung. Saim Alkan, Geschäftsführer einer Kommunikationsagentur und Thomas Leif vom SWR werden Stand und Zukunft des sogenannten Roboterjournalismus miteinander und dem Publikum diskutieren.

<http://www.lmk-online.de>

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand,
Referat Medien- und
Kulturpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2,
10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 0172-72 515 98
sabine.nehls@dgb.de

Der DGB-medien-newsletter
kann abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter